

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2014/17

3. Sitzung vom Montag, 23. Juni 2014, 18.00 – 21.20 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Protokollführer

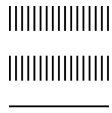
Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

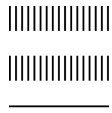
- 37 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

Entschuldigungen

- Stefan Giezendanner, Einwohnerrat
- Claudia Hauri, Einwohnerrätin
- Nadia Kuhn, Einwohnerrätin



Traktandenliste	Seite
1. Inpflichtnahmen	
Inpflichtnahme von Pascal Stenz (FDP) und Adrian Borer (glp)	43
2. Mitteilungen	43
3. Ersatzwahl	
GK 47 Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/17 (Ersatz für Stefan Giezen- danner)	44
4. Einbürgerungen	
4 Einbürgerungsgesuche (GK 43 bis GK 46)	45
5. Jahresbericht und Jahresrechnung	
GK 38 Jahresbericht und Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde	46
6. Kreditbewilligungen	
GK 40 Jugendkulturlokal – Kreditbewilligung für die bauliche Anpassung des Ju- gendzentrums Planet Z und die Mehrkosten für die Umsetzung des Betriebs- konzeptes Jugendkulturlokal Zofingen	52
GK 41 Altstadt-/Bahnhofparking – Kreditbewilligung für die Sanierung, Erneuerung und farbliche Neugestaltung	59
7. Regionale Zusammenarbeit	
GK 42 Genehmigung Gemeindeverträge über die Zusammenarbeit im Sozialbereich sowie Ermächtigung zum künftigen Abschluss kostenneutraler Verträge für die Übernahme von Verwaltungsaufgaben anderer Gemeinden	62
8. Umfrage	67



Begrüssung

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Der Präsident begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, die Medienvertreter sowie die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne.

Er gibt die Entschuldigungen von Stefan Giezendanner, Claudia Hauri, Stimmenzählerin, und Nadia Kuhn bekannt. Als Ersatz-Stimmenzählerin wird Maja Freiermuth amten.

Inpflichtnahmen

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Die Einwohnerräte Pascal Stenz und Adrian Borer werden gebeten, für die Inpflichtnahme vor den Stadtrat zu treten. Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Arthur Senn, Ratssekretär

Er verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Die Einwohnerräte Pascal Stenz und Adrian Borer leisten das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Der Rat ist mit **37 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

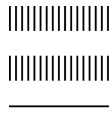
Mitteilungen

Nadia Kuhn, SVP, und ihr Lebenspartner Marc Lanz sind Eltern geworden. Der Präsident gratuliert ihnen zur Geburt ihres Sohnes Jan Marc. Er wird im Namen des Einwohnerrats das obligate Geschenk persönlich überbringen.

Philippe Fehr, DYM/glp, ist per Ende April 2014 als Mitglied des Einwohnerrats zurückgetreten. Die Würdigung erfolgt nach der Umfrage.

Als **Tischauflage** erhalten die Ratsmitglieder:

- **Geschäftsbericht 2013 der StWZ Energie AG**
- **Spielplan musik & theater Zofingen** für die 73. Saison 2014/2015
- **Jahresbericht 2013 des Städtischen Museums** sowie
- Programm des Zofinger **Kinderfestes vom 4. Juli 2014 mit Einladung zum Behörden-Apéro** im Rathaus



Die **Protokolle** vom **21. Oktober 2013** und **20. Januar 2014** gelten als **genehmigt**, da innerhalb der Frist keine Einwendungen erfolgten. Das Protokoll vom **24. März 2014** gilt mit Hinweis auf die kleine Korrektur von Michael Müller ebenfalls als **genehmigt**, die Einwendefrist ist am 25. April 2014 abgelaufen.

Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation der SP-Fraktion betr. Benutzerfreundliche Schalteröffnungszeiten Vol. II
- Postulat der SP-Fraktion betr. Strategie und Organisation der Zofinger erzo Delegation
- Interpellation der SP-Fraktion betr. Unterbringung von Asylsuchenden in Zofingen
- Interpellation der SP-Fraktion betr. Stadt Region Zofingen und Mittellandarena
- Postulat der Fraktion DYM (CVP, EVP, glp, Parteilose) betr. Übernahme sozialer Verantwortung im Asylwesen und Anbietung von Asylunterkünften
- Interpellation von Urs Plüss (DYM/EVP) und Mitunterzeichnende betr. Transparenz bei öffentlichen Mandaten, deren Entschädigungen und Zeitaufwände

Art. 15

Ersatzwahl

GK 47

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/17 (Ersatz für Stefan Giezendanner)

Stefan Giezendanner (SVP) hat aufgrund seiner zukünftigen Funktion als Bataillonskommandant eines Geniebataillons seine Demission als Mitglied der FGPK per 31. Mai 2014 eingereicht und muss ersetzt werden. Das Wahlbüro wird wie folgt vorgeschlagen:

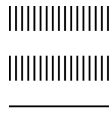
- Catrin Friedli, Stadtschreiber-Stv.
- Tom Eichenberger, Stadtweibel
- Pascal Stenz, FDP, und
- Matthias Hostettler, SP/JUSO, parteilos

Da keine Einwendungen gegen die Zusammensetzung des Wahlbüros erfolgen, gilt dieses als gewählt.

Markus Gfeller, Fraktionschef SVP

Für den vakanten Sitz in der FGPK wird Barbara Willisegger vorgeschlagen, da sie aufgrund ihres beruflichen Hintergrundes – sie war als Finanzverwalterin und Gemeindeschreiberin tätig – gute Arbeit in der Kommission wird leisten können.

Obwohl gemäss Gemeindeordnung das Doppelmandat „Ratsbüro und FGPK-Mitglied“ rechtlich unproblematisch ist, wird die SVP an der nächsten Sitzung eine Ersatzperson für Barbara Willisegger als Stimmzählerin im Ratsbüro vorschlagen.



Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, werden die Wahlzettel verteilt, ausgefüllt und anschliessend eingezogen.

Während der Auszählung der Stimmen werden die Beratungen fortgesetzt.

Ergebnis der Ersatzwahl

Eingelangt sind 37 Stimmzettel, davon waren keine leer oder ungültig. Somit fallen 37 Stimmzettel in Betracht. Absolutes Mehr: 19

Die vorgeschlagene Barbara Willisegger, SVP, wird mit 36 Stimmen als Mitglied der FGPK gewählt.

Die Gewählte dankt für das geschenkte Vertrauen und erklärt mündlich Annahme der Wahl.

(Applaus)

Art. 16

Einbürgerungen

GK 43 bis GK 46

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Die Geschäfte GK 43 bis GK 46 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.

Michael Müller, Referent FGPK

Die FGPK hat gemäss Empfehlung der Einbürgerungskommission an ihrer Sitzung vom 5. Juni 2014 allen Gesuchen ohne grosse Diskussion einstimmig zugestimmt. Er empfiehlt dem Rat, den 4 unproblematischen Einbürgerungsgesuchen ebenfalls diskussionslos zuzustimmen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

GK 43

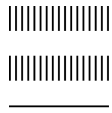
Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

GK 44

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.

GK 45

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:0 Stimmen zugestimmt.



GK 46

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

Den Antragstellerinnen und Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

Art. 17

GK 38

Jahresbericht und Jahresrechnung 2013 der Einwohnergemeinde

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Die FGPK hat anhand der Vorschriften und Richtlinien in der Zeit vom 14. März bis 20. April 2014 die Jahresrechnung und den Jahresbericht 2013 geprüft. Die externe Prüfung erfolgte im Zeitraum vom 24. bis 27. März 2014 durch die Gruber Partner AG, Aarau. Dem ausführlichen Erläuterungsbericht kann neben den geprüften Aufgabengebieten entnommen werden, dass die Buchhaltung sauber und übersichtlich geführt ist, die Laufende Rechnung mit der Buchhaltung übereinstimmt und die Buchführung, die Darstellung der Vermögenslage sowie die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorgaben entsprechen.

Die Rechnung 2013 schliesst deutlich besser ab als budgetiert. Die Selbstfinanzierung schliesst mit einem zweieinhalbfach besseren Wert gegenüber dem Budget ab. Der Nettoaufwand liegt mit rund CHF 27 Mio. 11,4 % unter dem Budget. Dieses erfreuliche Resultat resultierte jedoch nicht nur durch die Sparmassnahmen, es entstand auch durch die Mehreinnahmen bei den Sondersteuern (Grundstückgewinnsteuern, Erbschafts- und Schenkungssteuern) sowie durch höhere Rückvergütungen des Kantons und Dritter. Besonders erfreulich sind die steigenden Aktiensteuern. Ob sich ein Aufwärtstrend abzeichnet oder ob es sich um ein Zwischenhoch handelt, werden die kommenden Jahre zeigen. Ein etwas positiverer Blick in die Zukunft scheint jedoch gerechtfertigt.

Zofingen investiert! Die Stadt, das Gewerbe und die Einwohner investieren in die Zukunft, was nicht nur an den mehr als 10 Baukränen deutlich ersichtlich ist. Das Resultat wird sich in Form von Steuereinnahmen dereinst positiv in unserer Rechnung widerspiegeln. Leider sieht es aktuell nicht so gut aus, sind die Steuern bei den natürlichen Personen doch um mehr als CHF 1 Mio. auf durchschnittlich rund CHF 2'500 pro Person gesunken. Dies stellt mit Ausnahme von 2003 den tiefsten Wert seit 2001 dar und bedeutet in Prozenten ausgedrückt ein Minus von 5,2 %. Im gleichen Zeitraum konnte der Kanton einen Anstieg von 25,2 % verzeichnen. Zofingen hat einerseits sehr gute Steuerzahler verloren und andererseits ist eine Überalterung festzustellen, was sich ebenfalls auf den Steuerertrag auswirkt. Trotzdem besteht ein gutes und breit abgestütztes Fundament an Steuerzahlern, welches durch die momentanen Investitionen im Wohnungsbau noch gefestigt wird. So verteilt sich die Steuerlast auf viel mehr Schultern und ein einzelner Ausfall wird besser verkraftbar sein. Nachdem auch das Gewerbe investiert und expandiert und sogar neue Firmen ihren Sitz nach Zofingen verlegen, kann man davon ausgehen, dass die Trendwende bei den Aktiensteuern anhalten wird.

Da die Kant. Steuerreform in diesem Jahr in Kraft getreten ist, kann die Zukunft der Steuern nur schwer vorhergesehen werden. Ebenfalls ist schwierig abzuschätzen, welche Steuererträge durch die juristischen Personen generiert werden können. Was jedoch klar feststeht, ist der Investitionsbedarf der Stadt in ihre Liegenschaften – sowohl in Neubauten wie das Seniorenzentrum oder das

Schulhaus, als auch in die bestehenden, wie z.B. den Stadtsaal oder die Turnhallen der Bezirksschule.

Für all diese Projekte braucht es nicht nur Geld, sondern auch Leute, die daran arbeiten. Deshalb wurde auch die Verwaltung kritisch geprüft. Diese soll nicht nur verwalten, sie soll und muss auch innovativ und produktiv sein.

Das scheint nicht überall so zu sein, so ist z.B. in der Bauverwaltung „der Wurm drin“. Dort gilt es, liegengebliebene Arbeiten nachzuholen – Stichwort: Abwasseranschlussgebühren. Es sind Projekte neu auf die Beine zu stellen, wie z.B. das Liegenschaftskonzept. Auch das daily business, sprich: planen, überwachen, kontrollieren von Projekten und das Bearbeiten von Baugesuchen darf nicht vergessen werden. Zudem dürfen die baupolizeilichen Aufgaben nicht mehr hintenanstehen. Er stellt sich daher die Frage, ob die Bauverwaltung struktur- und organisationsmässig richtig aufgestellt ist. Der FGPK-Präsident setzt hier ein grosses Fragezeichen. Es muss auch geklärt werden, welche Strategie der Einwohnerrat fahren will.

Weitere Fragen stellen sich für ihn in der Abteilung Informatik. Ist es genau das, was man will? Was wird geboten und wie teuer kommt es zu stehen? Auch dieser Bereich muss reibungslos laufen, was offenbar nicht immer der Fall ist. Daher setzt er auch hier ein Fragezeichen bezüglich Struktur und Organisation. Kann man die steigenden Kosten in den Griff bekommen? Aus seiner Sicht sind diese enorm. Er fragt sich, welcher Standard angemessen ist und ob eine Inhouse-Lösung immer noch die beste Variante darstellt.

Es konnte auch Positives festgestellt werden! Der Werkhof beispielsweise ist ein Betrieb, welcher fantastisch läuft, top aufgestellt ist und gute Arbeit abliefert. Er hat ohne politischen Druck in den letzten gut 10 Jahren die Lohnsumme um rund CHF 100'000 reduziert, obwohl immer mehr Aufgaben durch diesen wahrgenommen werden. Der Druck auf die Mitarbeitenden ist hoch und es ist zu überlegen, ob die Lohnsumme leicht angehoben werden sollte. Es wäre auch zu überlegen, ob Anstellungen von nicht so hoch qualifiziertem Personal in Betracht gezogen werden sollte.

Generell wäre prüfenswert, ob zukünftig anstatt der Bewilligung von Stellenprozenten die Bewilligung von Lohnsummen erfolgen soll; so könnte man mit der gleichen Lohnsumme mehr Personal anstellen, welches vielleicht nicht so hoch qualifiziert, aber sehr arbeitswillig wäre. Dies sollte über alle Verwaltungsabteilungen hinweg so gehandhabt werden.

Als Fazit stellt der FGPK-Präsident fest, dass der Rechnungsabschluss um einiges besser abschliesst als budgetiert, was erfreulich, jedoch kein Grund zur Euphorie ist. Dieser ist durch die erwähnten Sondereffekte und die tieferen Ausgaben, welche auch durch die Reduktion von Dienstleistungen und tieferen Beiträgen an Dritte erzielt wurden, zustande gekommen. Die kommenden Jahre werden zeigen, wie Bevölkerungswachstum, Entwicklung der Aktiensteuern und städtebauliche Entwicklung zu Buche schlagen werden.

Ein Blick in die Investitions- und Finanzplanung zeigt deutlich, dass die Liegenschaften und die Infrastruktur zunehmend unterhaltsbedürftiger sind und bis 2017 mehr als CHF 70 Mio. verschlingen werden. Darin nicht eingerechnet ist alles „Unvorhergesehene“ wie beispielsweise das heutige Parkhaus-Geschäft. Mit den aktuellen Steuereinnahmen wird eine nachhaltige Finanzierung nicht möglich sein, deshalb wird eine Steuererhöhung in absehbarer Zeit unumgänglich werden. Mit dieser kann die finanzielle Leistungsfähigkeit verbessert und gleichzeitig verhindert werden, dass die Verschuldung auf über CHF 30 Mio. ansteigen wird. Eine solche Höhe wäre mit der aktuellen Selbstfinanzierung nicht mehr verkraftbar und gegenüber den zukünftigen Steuerzahlern unverantwortbar.

Abschliessend bedankt sich der FGPK-Präsident bei seinem „FGPK-Team“ für die investierte Zeit. Er dankt dem Stadtmann und dem Gesamtstadtrat, der Verwaltung – insbesondere dem Leiter Finanzen – und allen anderen Personen, die in die Prüfung involviert waren. Einen speziellen Dank

spricht er Sonja Bühler aus, welche jeweils dafür besorgt ist, das gesprochene Wort zu Papier zu bringen.

Wie dem Erläuterungsbericht auf Seite 86 entnommen werden kann, empfiehlt die FGPK mit Ausnahme von zwei Anträgen alle weiteren einstimmig zur Annahme. Zur Ablehnung empfiehlt sie Antrag 3.1 (GK 51 – K104 Luzernerstrasse: Teilausbau mit Radstreifen, Abschnitt Färbereiweg bis Knoten Riedtal) sowie Antrag 4.1 (BWZ Hauptgebäude – Dachsanierung und Ersatz Aufzüge). Er bittet den Rat, den Empfehlungen der FGPK zu folgen und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Eintreten ist nicht bestritten.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Die Redensart „eine Schwalbe macht noch keinen Frühling“ kennen alle. Nachdem sich bereits einige finanzpolitische Schwalben am Zofinger Himmel zeigen, scheint der grösste Winter vorbei zu sein. Obwohl sich in jährlichem Rhythmus Schwalben zeigen, wäre es falsch zu sagen, der Stadtrat leide an Budgetierungsinkompetenz, nur weil die Rechnung jeweils besser ausfällt als das Budget. Wahrscheinlich würde bei einer mit grösserem Optimismus vorgenommenen Budgetierung der Rechnungsabschluss nicht besser ausfallen.

Die Fraktion DYM ist erfreut über den Abschluss 2013. Die allermeisten Indikatoren zeigen in die richtige Richtung, einige – wie die Selbstfinanzierung – noch zaghaft, andere – wie die Aktiensteuern – deutlicher. Sorge bereiten die Steuereinnahmen der natürlichen Personen. Natürlich lassen sich die gewichtigen Ausfälle von wichtigen Steuerzahlern nicht einfach kompensieren, es fällt jedoch auf, dass sich auch im mittleren Steuersegment eine rückläufige Tendenz zeigt. Nur im untersten Steuersegment ist ein klarer Zuwachs festzustellen. Diese Entwicklung muss weiter beobachtet werden, da sich Zofingen doch auf die Fahne geschrieben hat, Wohnraum vor allem auch für gute Steuerzahlende zu schaffen – jüngstes Stichwort: Falkeisenmatte. Ob diese Strategie wirklich so erfolgversprechend ist, wird etwas angezweifelt.

Die Kostenunterschreitung bei den Ausgaben ist auf den ersten Blick sehr erfreulich, die schmerzhaften Optimierungsbemühungen zeigen einen gewissen Erfolg. Doch wie bereits erwähnt, spielen die Sonderereignisse ebenfalls eine Rolle, so dass dieses Ergebnis nur beschränkt zur Extrapolation auf zukünftige Abschlüsse dienen kann. Der eingeschlagene Optimierungsprozess soll weitergeführt und politisch möglichst breit begleitet werden. Deshalb sollen die erfolgreichen "FGPK-plus-Sitzungen" reaktiviert werden, um den Rat der grossen Gemeinschaft so wieder einzuholen.

Auch die Fraktion DYM bedankt sich bei der gesamten Stadtverwaltung für die nicht immer einfache Arbeit unter einem immer enger geschnürten finanziellen Korsett. Herzlich verdankt werden insbesondere die vielen Auskünfte, mit welchen vor allem die Finanzverwaltung in den letzten Wochen die zahlreichen Detailfragen zur Rechnung 2013 beantwortet hat. Dadurch kann eine speditive Detailberatung erfolgen. Ebenfalls wird der FGPK für die genaue und kritische Prüfung der Rechnung gedankt. Die Fraktion DYM wird sich vollumfänglich den Anträgen der FGPK anschliessen und die Anträge 3.1 und 4.1 auf deren Empfehlung hin ablehnen. Den restlichen Anträgen wird zugestimmt werden.

Markus Gfeller, Fraktionschef SVP

Die SVP ist über den Jahresabschluss 2013 erfreut. Die Details wurden bereits genannt. Für die SVP ist zentral, dass die Sparanstrengungen in der zweiten Budgetrunde 2013 zu einer erhöhten Sensibilität auf allen Ebenen geführt haben. Es kann festgestellt werden, dass sich Stadtrat und Verwaltung nach der gescheiterten Steuerfusserhöhung gut um die Finanzen gekümmert haben. Für die ausgezeichnete Arbeit und das erfreuliche Resultat wird allen Beteiligten der Dank ausgesprochen. Bereits

ist man auf die Zahlen 2014 gespannt und erwartet mit Interesse das Budget 2015. Eine konsequente Weiterführung des Sparkurses auf Basis des guten Abschlusses 2013 wird erwartet, weshalb sich die SVP bei sämtlichen Vorlagen jeweils die Frage nach der Notwendigkeit stellen wird. Die Abstimmungen werden gemäss den Empfehlungen der FGPK erfolgen.

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Jahresbericht und Jahresrechnung 2013 lassen wenige Fragen offen und stellen immer einen Blick in die Vergangenheit dar. „Den Tüchtigen hilft das Glück“ trifft hier zu. Viele in diesem Saal waren bei der Ausarbeitung des Sparprogramms und des Budgets 2013 tüchtig. Der Erfolg liegt jetzt schwarz auf weiss vor und zeigt, dass es sich nicht um eine ergebnislose Übung gehandelt hat und das Glück in Form der Sondereffekte geholfen hat. Insgesamt kann die Situation als gut beurteilt werden, obwohl die Entwicklung der Steuererträge unklar ist. Er verzichtet zwar auf einen Blick in die Zukunft, sieht aber trotzdem noch keine Notwendigkeit für eine Steuererhöhung.

Marcel Thüler, Fraktionschef SP/JUSO

Er ist erstaunt über die unkritischen Voten zur Rechnung und fragt sich, ob man wenig Aufwand als gut betrachten soll. Gleichzeitig fragt er sich bezüglich des Rückgangs der Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen, ob dieser im Zusammenhang mit den Angeboten steht, die in Zofingen bestehen. Wird das Angebot reduziert, besteht offenbar ein geringeres Interesse, hier zu wohnen. Weitere Folgen des Sparens zeigen sich beispielsweise auch auf dem Sportplatz bei der Bezirksschulturnhallen. Wo früher Rollhockey gespielt wurde, wächst in den Ritzen das Gras und es ist nicht möglich, dort ordentlich Fussball zu spielen.

Als weiterer kritischer Punkt wird die Investitionsrechnung betrachtet. In dieser finden sich lediglich Investitionen von CHF 1,8 Mio. Zwar wurden früher als geplant CHF 4 Mio. für das Alterszentrum ausgegeben; weshalb jedoch erfolgten nur so wenige sonstige Investitionen? Evtl. hängt dies mit der Stellensituation zusammen, welche einen weiteren kritischen Punkt darstellt. Zudem stellt er fest, dass der Investitionsplan nicht vollständig ist, obwohl dieser bereits ziemlich dick und umfangreich ist. Trotzdem scheint immer noch die Meinung vorzuherrschen, mit Sparen könne noch viel mehr erreicht werden.

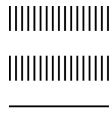
Ein schlechtes Gefühl hinterlässt auch die Tatsache, dass in Zofingen eine Rechnung des Kantons, welche sich auf über CHF 250'000 beläuft, ohne Legitimation durch den Einwohnerrat bezahlt wird. Diesbezüglich laufen noch Abklärungen, aber solche Vorkommnisse dürfen sich nicht wiederholen, da ansonsten der Einwohnerrat in Frage gestellt wird.

Nebst einem Dank an die FGPK verdient auch der Stadtrat einen besonderen Dank. Dieser nimmt die Bälle jeweils auf, die ihm von Seiten des Einwohnerrates zugespielt werden und die guten Effekte sind vermutlich auch ein Resultat der guten Arbeit des Stadtrates. Ebenso gebührt den Verwaltungsangestellten und den Abteilungsleitenden Dank, welche die im Rat getroffenen Entscheide umsetzen. Speziell bedankt sich Marcel Thüler beim Leiter Finanzen, welcher sowohl das Budget 2014 als auch die Rechnung 2013 aufgrund des Wechsels zu HRM2 übersichtlich dargestellt hat. Ohne diese Arbeit wäre ein sauberer Vergleich nicht möglich.

Die SP/JUSO-Fraktion wird den Empfehlungen der FGPK folgen.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Er stellt fest, dass die Zeit milde stimmen muss, weil das schlechte Ergebnis von 2012 bereits etwas in Vergessenheit geraten ist. In den letzten zwei Jahren wurden die Steuern der natürlichen Personen immer zu tief budgetiert, so dass jetzt die Frage nach dem aktuellen Stand aufgeworfen wurde.



Zu diesem Punkt kann festgehalten werden, dass der Zwischenstand momentan erfreulich aussieht. Im Moment liegen die Zahlen knapp über dem letztjährigen Budget; dies trotz der Tatsache, dass dieses Jahr die neue Steuergesetzgebung erstmals greift und die Befürchtung bestand, man könnte bis zu 5 % verlieren. Dieses Szenario scheint sich momentan nicht zu bewahrheiten, die Schlussabrechnung erfolgt aber natürlich erst Ende Dezember.

Bezüglich der Investitionen ist man sich bewusst, dass diese nicht in dem Umfang erfolgten, wie es geplant war. Die CHF 4 Mio. für das Alterszentrum sind ebenfalls als Investition zu betrachten. Das gewählte Vorgehen erfolgte nicht nur wegen der günstigen Zinskonditionen, sondern auch wegen der Liquidität. Um die geplanten Investitionen ausführen zu können, muss das notwendige Geld bereitgestellt werden. Wenn diese dann – aus welchen Gründen auch immer, z.B. aufgrund von Einsparungen etc. – nicht realisiert werden können, muss das Geld an anderer Stelle verwendet werden.

Die FGPK empfiehlt die Ablehnung von zwei Kreditabrechnungen. Es handelt sich dabei um Antrag 3.1 GK 51 – K104 Luzernerstrasse sowie um Antrag 4.1 BWZ Hauptgebäude – Dachsanierung und Ersatz Aufzüge. Der Stadtrat zieht diese beiden Anträge zurück.

André Kirchhofer, FDP

Die Debatte erstaunt ihn ein wenig. Natürlich ist Dank angebracht. Der Stadtrat hat den Auftrag des Volkes wahrgenommen und die Sparanstrengungen haben gegriffen und zu einem guten Resultat geführt. Er erinnert jedoch daran, dass bei der Debatte um die Steuererhöhung eine Mehrheit in diesem Saal für eine Steuererhöhung war und man die FDP belächelte, welche verlangte, dass keine Steuern auf Vorrat generiert werden. Die Haltung der FDP wurde mit diesem Resultat nun jedoch bestätigt.

Nicht nachvollziehen kann er die Haltung von Marcel Thüler, welcher der Meinung ist, aufgrund der Sparmassnahmen stimme das Angebot nicht mehr. Er nimmt dies nicht so wahr. Seiner Ansicht nach soll nicht ein Angebot bereitgestellt werden, welches anschliessend vom Bürger berappt werden muss. Das Geld gehört dem Bürger, da er die Steuern bezahlen muss. Dieses Geld gehört nicht den Politikern. Der Auftrag des Volkes ist klar: Der Steuerfuss soll auf dem gleichen Stand bleiben. Deshalb sollen mit den Einnahmen die Angebote finanziert werden. Er hält es daher für unredlich, wenn jetzt zwischen den Zeilen bereits wieder über eine Steuererhöhung gesprochen wird.

Er bedankt sich beim Stadtrat für die Umsetzung der Sparanstrengungen und wiederholt nochmals: „Keine Steuern auf Vorrat“.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Die Jahresrechnung wird im Detail beraten und abschnittsweise zur Diskussion gestellt. Dabei erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Jahresbericht wird gesamthaft zur Diskussion gestellt.

Michael Müller, SVP

Er ergänzt bezüglich des zurückgezogenen Antrags 3.1 GK 51 – K104 Luzernerstrasse, dass der abzuschliessende Teil mit einem Kostenüberschuss von CHF 250'000 geendet hat. Der Nachfolgeauftrag, welcher jetzt aktuell ist, hat mit Minuskosten begonnen. Diese Situation ist sehr speziell und wirft Fragen auf, die noch der Klärung bedürfen.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Der Jahresbericht der Einwohnergemeinde für das Jahr 2013 sei zu genehmigen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

2. *Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2013 sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

3. *Die Abrechnungen über die nachfolgenden Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:*

- 3.1 *GK 51 – K104 Luzernerstrasse: Teilausbau mit Radstreifen, Abschnitt Färbereiweg – Knoten Riedtal*

Der stadträtliche Antrag wurde zurückgezogen.

- 3.2 *GK 141 – Machbarkeitsabklärungen Zusammenschluss der Gemeinden Uerkheim und Zofingen*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.3 *GK 200 – Hochwasserschutz und Renaturierung Altachenbach*

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

- 3.4 *GK 74 – Erneuerung Kanalisation gemäss GEP 2011*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.5 *GK 81 – Abstellplätze für Zweiräder im Bereich Bahnhof/Florastrasse*

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

- 3.6 *GK 82 – Bachleitung Rosengartenstrasse: Trennung der Bach- und Kanalisationsleitung*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.7 *GK 90 – Schmiedgasse und Storchengasse: Sanierung und Aufwertung der Gassen*

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

- 3.8 *GK 90 – Schmiedgasse und Storchengasse: Sanierung der Kanalisation*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.9 GK 91 – Weidstrasse: Sanierung und Instandstellung sowie Übernahme ins öffentliche Eigentum

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

- 3.10 GK 117 – Machbarkeitsabklärungen Zusammenschluss der Gemeinden Brittnau und Zofingen

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

- 3.11 GK 118 – Erneuerung Kanalisation gemäss GEP 2012

Der stadträtliche Antrag wird mit 37:0 Stimmen angenommen.

4. Die Abrechnungen über die nachfolgenden Voranschlagskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:

- 4.1 BWZ Hauptgebäude – Dachsanierung und Ersatz Aufzüge

Der stadträtliche Antrag wurde zurückgezogen.

- 4.2 Gemeindeschulhaus – Dachsanierung Rosengarten-Turnhalle

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen zugestimmt.

5. Folgendes Postulat sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben:

- 5.1 GK 8 (112) Postulat der SVP-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 24. Oktober 2011 betr. Verzehrsplanung/Businessplan zur Erreichung und Einhaltung eines langfristig ausgeglichenen Haushaltes der Einwohnergemeinde

Das Postulat wird mit 36:0 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

Art. 18

Kreditbewilligungen

GK 40

Jugendkulturlokal – Kreditbewilligung für die bauliche Anpassung des Jugendzentrums Planet Z und die Mehrkosten für die Umsetzung des Betriebskonzeptes Jugendkulturlokal Zofingen

Marcel Thüler, Referent FGPK

Das Geschäft wurde in der FGPK lange und ausführlich diskutiert. Die Kommission hat Antrag 1 einstimmig zugestimmt, bei Antrag 2 gab es zwei Gegenstimmen, so dass die Zustimmung mit 6:2 Stimmen erfolgte.

Die Hauptgründe für die ablehnenden Stimmen lagen weniger in sachlicher als in grundsätzlicher Natur. Die Beratung drehte sich daher lange um gesellschaftliche Grundsätze. Die Befürworter se-

hen bei Antrag 2 die 30%-Stelle als integraler Bestandteil des Projektes in der Anfangsphase. Sie soll die Koordination zwischen Nachbarn, Veranstaltern und Mietern übernehmen und als Ansprechperson bei Veranstaltungen dienen. Zudem unterstützt der Kanton diese Stelle mit 40 %. Da der Kulturverein OX lediglich den Kulturbetrieb führen wird und viele verschiedene externe Nutzerinnen und Nutzer sowie diverse Anspruchsgruppen vorhanden sein werden, ist zu Beginn ein erhöhter Bedarf an Koordination vorhanden.

Eintreten ist nicht bestritten.

Sascha Antenen, SP/JUSO, juso

Die SP/JUSO-Fraktion befürwortet beide Anträge. Die Jugendkultur in Zofingen ist am Aussterben, nicht zuletzt auch wegen des Entscheids der Stadt zum Thema OX. Dadurch wurde der Verein faktisch lahmgelegt, trotzdem kämpfte er weiter. Ihm wird daher ein grosser Dank für das ehrenamtliche Engagement für die Jugendkultur ausgesprochen. Mit der Annahme der beiden Anträge kann man einerseits diese Leistung würdigen und andererseits die Chance ergreifen, die Jugendkultur in Zofingen weiterzuführen und ein überregional attraktives Jugendkulturlokal zu schaffen.

Mit dem durch verschiedenste Stellen ausgearbeiteten Konzept kann ein Projekt mit Zukunft entstehen. Aus diesem Grund sind auch die beantragten Stellenprozente zu bewilligen, welche nicht grosse Mehrkosten verursachen. 40 % davon werden vom Kanton übernommen und zugleich kann diese Stelle Einnahmen generieren, da sie auch Vermietungen vornimmt.

Um das Angebot optimal zu gestalten und das Projekt nicht zu gefährden, ist das Gesamtpaket inkl. der 30%-Stelle nötig. Ein Vergleich mit anderen Städten zeigt, dass es sich in Zofingen um eine kleine Ausgabe handelt. Nachdem bei der Budgetdebatte bereits eine Kürzung um CHF 5'000 erfolgte, sollte nun eine umfassende Zustimmung erfolgen, damit die Jugendkultur in Zofingen eine Zukunft hat.

Christoph Wälle, FDP

GK 40 wurde in der FDP-Fraktion in altbewährter Manier diskutiert. Zu Antrag 1 wird die Zustimmung erfolgen. Zofingen als Zentrumsgemeinde benötigt ein solches Angebot und einen Treffpunkt für die Jungen, damit sie sich austauschen und ihre Bedürfnisse ausleben können. Die Standortwahl sowie die Schaffung der Synergien werden befürwortet. Man kann am gewählten Standort optimal und flexibel auf diese Bedürfnisse reagieren.

Beim 2. Antrag werden die finanziellen Beteiligungen sowie die Eigenleistungen als positiv bewertet. Der Wunsch nach einer Stellenplanerhöhung kann zwar nachvollzogen werden, ist aber aufgrund der aktuellen finanziellen Situation in Zofingen nicht zwingend. Mit den bestehenden Ressourcen kann dieses Projekt professionell geführt werden, so dass die Umsetzung budgetneutral erfolgt. Daher wird Antrag 2 von der FDP-Fraktion einstimmig abgelehnt werden.

Es handelt sich ganz klar nicht um ein Votum gegen die Jugend, doch das laufende Sparprogramm wird als wichtiger angesehen und muss konsequent weiterverfolgt werden.

Marco Negri, SVP

Das Geschäft ist innerhalb der SVP-Fraktion stark umstritten. Grundsätzlich steht man der Unterstützung und Förderung der Jugendlichen positiv gegenüber, da diese unsere Zukunft sind. Auch die Bemühungen des Vereins OX sowie der offenen Jugendarbeit und der weiteren involvierten Personen werden positiv gewürdigt. Da es sich bei Antrag 1 faktisch um eine Risikogarantie für den Umbau des Jugendzentrums handelt, hat dieser zu vielen Diskussionen geführt. Bedenken bestehen bei

der Höhe der Kosten. Es wird nicht über die in der Vorlage erläuterten Nettokosten von CHF 95'100 abgestimmt, welche letztlich von der Einwohnergemeinde getragen werden sollen, sondern es wird über den gesamten Bruttokredit von CHF 347'000 befunden. Dieser Betrag scheint für den Ausbau von mehrheitlich einem einzigen Geschoss relativ hoch. Zudem wird bezweifelt, ob die budgetierten Eigenleistungen im Betrag von CHF 121'000 wirklich erbracht werden können. Falls nicht, so wird dieser Betrag ebenfalls auf die Einwohnergemeinde überwält. Nichts desto trotz wird dieser Antrag unterstützt werden.

Antrag 2 wird jedoch grossmehrheitlich abgelehnt. Eine Stellenausweitung steht dem aktuellen finanzpolitischen Umfeld und den bisherigen Sparmassnahmen kontraproduktiv entgegen. Man setzt ganz klar auf die bestehenden Strukturen der Stadt und insbesondere der privaten Organisationen, an deren Eigenverantwortung appelliert wird.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

GK 40 ist die versuchte Quadratur des Kreises mit einem Fast-Happyend, da sehr viele Interessen, Anliegen, Sach- und Problemlagen (Jugendkultur und -Arbeit, aktive Bewirtschaftung einer untergenutzten Liegenschaft, Lärm, Verantwortlichkeiten, verschiedene Zielgruppen, Freiräume und Kontrolle, Geld und divergierende Prioritätensetzung) unter einen Hut gebracht werden müssen. Angesichts dieser zahlreichen Faktoren stellt die Zusammenführung der Aktivitäten im heutigen Planet-Z-Gebäude mit der sanften Umrüstung eine Win-win-Situation dar. Alle beteiligten Partner – die Stadt und der Verein OX – profitieren von dieser Lösung und eine lange Leidensgeschichte kann so ein gutes Ende finden.

Jede Lösung hat ihren Preis. Der eine ist finanzieller Art, da eine Projektleiterstelle nötig ist, um die verschiedenen Bedürfnisse unter ein Dach zu bringen. Die Mehrheit der Dynamischen Mitte sieht daher die Notwendigkeit und ist erfreut, dass der Preis eher klein ist, da sich auch der Kanton substantiell beteiligt und durch die Stelle auch finanzielle Rückflüsse geplant sind. Die Kosten belaufen sich netto auf weniger als CHF 10'000. Zudem ist die Stelle nur befristet geplant. Die Projektverantwortlichen sind sich offenbar bewusst, dass die Schaffung neuer Stellen vom Einwohnerrat genau geprüft wird. Ausserdem rechnen sie damit, dass der Betrieb nach der Einführungsphase ohne zusätzliche Stellenprozente weitergeführt werden kann, was vor Ablauf der dreijährigen Frist eine Evaluation des Betriebskonzepts bedingt.

Den anderen Preis bezahlen die Anwohnerinnen und Anwohner, welche sich nicht darum reissen, vor ihrer Haustüre ein mehrmals wöchentlich stark frequentiertes Veranstaltungslokal zu haben. Die Emissionen wie Lärm, Littering und Verkehr lassen sich nie vollständig vermeiden. Trotzdem scheint es, dass mit diesem Standort die beste Lösung gefunden wurde. Die Mehrheit der Fraktion DYM ist der Meinung, dass es gerade aus diesen Gründen die Projektleiterstelle und das Betriebskonzept braucht, um die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen zu können. Aufgrund der finanziellen Spielräume ist das vorgeschlagene Konzept die bestmögliche Lösung, obwohl aus Sicht der AnwohnerInnen wohl noch mehr Mittel nötigen wären, um sämtliche Bedürfnisse zu befriedigen.

Der Umbau kann nur zusammen mit dem Betriebskonzept genehmigt werden, damit die Verantwortlichkeiten geklärt und die Gremien institutionalisiert werden und ein produktives Miteinander aller Beteiligten und Betroffenen ermöglicht wird. Deshalb soll die nötige Zeit von 3 Jahren für die Umsetzung gewährt und keine Steine in den Weg gelegt werden. Viele Fragen, die noch offen sind, können erst im Betriebsfall und in der Praxis geklärt werden. Deshalb soll konkret und unvoreingenommen geprüft werden, wo der Schuh tatsächlich drückt und aufgrund dieser Erfahrungen ist in 2 ½ bis 3 Jahren Bilanz zu ziehen. Insbesondere der Dialog mit den Betroffenen muss weitergeführt werden und darf mit dem heutigen Entscheid nicht enden. Heute jedoch muss die politische Seite entscheiden, ob der Jugendkultur in Zofingen ein Neustart ermöglicht werden soll. Eine grosse Mehrheit der

Fraktion DYM ist der Meinung, diese Chance soll gewährt werden und stimmt deshalb beiden Anträgen zu.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten.

André Kirchhofer, FDP

Obwohl er in der FGPK gegen Antrag 2 gestimmt hat, schliesst er sich dem Votum von Sascha Antenen teilweise an. So hat der Verein OX einen Dank für die geleistete Arbeit der letzten 10 und mehr Jahre verdient. Daher scheint es richtig, den aufgehobenen Standort adäquat zu ersetzen und man ist mit der Lösung des Stadtrats bezüglich des Standorts zufrieden. Da auch für andere Vereine die Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird (z.B. Sporthallen, Spielplätze usw.), wird es begrüsst, dass eine Infrastruktur für solche Konzerte bereitgestellt wird. Weitere Leistungen, wie die Finanzierung des Betriebs, sind jedoch nicht notwendig. Sonst müsste man beispielsweise auch die Jugendmusik, das Jugendtheater, den Jugendnaturschutz, den Jugendfussball etc. entsprechend fördern. Für den Betrieb ist private Initiative gefragt. Der Verein OX hat in der Vergangenheit bereits bewiesen, dass er eigenständig funktionieren kann.

Zum Argument bezüglich Subventionen hält er fest, dass diese ebenfalls vom Steuerzahler berappt werden, da auch dem Kanton Steuern bezahlt werden müssen. Ausserdem sollen die Sparanstrengungen – wie dies im vorherigen Geschäft verschiedentlich festgehalten wurde – weitergeführt werden. Die FDP setzt diesen Willen um, daher wird der 2. Antrag einstimmig abgelehnt und man hofft, dass die anderen Parteien, welche grossen Wert auf die Sparbemühungen legen, diesen Entscheid mittragen.

Rudolf Günthardt, FDP

Er beschränkt sich auf 2 Bemerkungen. Die verschiedenen Pressemitteilungen zu diesem Thema und die auf dem Postplatz durchgeführte Aktion sind ihm etwas sauer aufgestossen. Er hält diese Vorgehensweise für anmassend, da der Einwohnerrat noch nicht darüber befunden hatte.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Planung der WC-Anlagen. Er fragt sich, ob bei 200 Personen eine einzige Damentoilette ausreichend ist.

Sandra Olar, SP/JUSO, sp

Niklaus Thut ist vor 628 Jahren zusammen mit 11 Zofingern nach Sempach in den Krieg gezogen. Mit dabei hatte er zwei Tambouren, daher ist anzunehmen, dass er Sinn für Musik hatte. Wenn er heute noch am Leben wäre, würde er mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit Bass-Gitarre spielen. Sie ist sich sicher, er hätte JA zu dieser Vorlage gesagt, da Niklaus Thut sehr ausgleichend politisierte und grossen Mut besass.

Dieser Mut fehlte dem Stadtrat bei der Lärmklage bezüglich Ochsen. Nachdem die beste Lösung – ein Jugendkulturlokal in der Stadt – nicht möglich ist, kann man nun ausserhalb der Stadt mit der zweitbesten Lösung ein solches etablieren. Das Projekt ist sehr gut aufgegleist und es steht für sie fest, dass man nie wieder so günstig zu einem Jugendkulturlokal kommen wird.

Als Vergleich führt Sandra Olar das Merker-Areal in Baden an, welches durch die Stadt Baden mit CHF 6,8 Mio. finanziert wird. Weiter ist sie der Ansicht, dass die Steuern, welche dem Staat abgeliefert werden, auch der Jugend zu Gute kommen sollen. Zudem stellt sie fest, dass bei Bewilligung der 30%-Stelle unter dem Strich effektive Mehrkosten von CHF 6'200 entstehen und sie fragt sich, ob man der Jugend diese Wertschätzung nicht entgegenbringen sollte. Sie erinnert sich auch, dass bei

Gründung des Spittelhofs, bei welcher die FDP Mitbegründer war, man sich noch bewusst war, dass sich jeder in die Jugend investierte Franken langfristig auszahlen wird. Abschliessend weist sie auf den Fall „Carlos“ hin, welcher monatlich CHF 29'000 gekostet hat und sie fragt sich, ob es verhältnismässig ist, wegen CHF 25'000 auf die zusätzliche Stelle zu verzichten. Sie bittet um Zustimmung zu beiden Anträgen.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Er pflichtet André Kirchhofer bei, dass teilweise Defizite bei der Förderung und Entlohnung freiwilliger oder unentgeltlicher Arbeit bestehen. Konkret stellt er fest, dass nicht über das Lokal sondern nur über die Stelle diskutiert wird. Diese kostet netto CHF 16'200, davon dienen CHF 9'500 der Amortisation der Investitionen. Vorhin wurde die Rechnung 2013 bewilligt. Wie darin zu lesen ist, erfolgen auch da Subventionen beim Kinderfest. In den Erklärungen unter Position 291 wird erwähnt, dass die Schausteller und Spiele Kosten von CHF 29'000 verursachen. Diese werden pauschal entschädigt, liefern im Gegenzug aber ihre Einnahmen von rund CHF 12'500 an die Stadt ab. Somit werden in einem halben Tag Subventionen an vorwiegend private Unternehmen von CHF 17'500 ausgerichtet. Insofern sollte es Zofingen wert sein, CHF 16'200 netto für den guten Abschluss eines Projektes und die Überführung in eine Pilotphase zu investieren.

Jan Bachmann, FDP

Er fragt sich bezüglich des Baus, ob ein Fumoir wirklich nötig ist. Natürlich gibt es Leute, die rauchen, aber immer mehr Pubs und Restaurants sind – freiwillig – rauchfrei. Vielleicht wäre dies ein Aspekt, über den man hätte nachdenken müssen.

Bei der Projektvorstellung wurde erwähnt, dass bei Ablehnung des 2. Antrags interne Optimierungen vorgenommen würden, damit die Stelle umgelagert werden könnte. Aufgrund dieser Aussage ist es müssig, über die Bewilligung dieser Stelle zu diskutieren, da es mit Optimierungen möglich ist, diese zu besetzen. Da er natürlich der Meinung ist, für die Jugend muss etwas gemacht werden, spricht er sich für den Umbau aus.

Marcel Thüler, Fraktionschef SP/JUSO

Bezüglich des Votums von André Kirchhofer, es reiche aus, eine gute Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, zieht er zum Kostenvergleich den Stadtsaal heran, welcher jährlich netto CHF 251'000 kostet. Der Sport wird mit CHF 1,1 Mio. unterstützt und die Kosten bei der Badi belaufen sich netto auf CHF 397'000. Für den SC Zofingen wurde die Infrastruktur ebenfalls zur Verfügung gestellt, die Sanierung hat mit ungefähr CHF 700'000 zu Buche geschlagen.

Zur Anregung von Jan Bachmann stellt er fest, dass die offene Jugendarbeit mit 200 Stellenprozenten nur schwach dotiert ist. Bei einer Umlagerung fehlen diese Prozente wieder an einem anderen Ort und es stellt sich wieder die Frage, wie attraktiv will Zofingen mit seinen vorhandenen Angeboten sein.

Renata Siegrist, DYM/glp

Es sind Fragen aufgetaucht zur Argumentation der FDP und der SVP, welche aus Spargründen die notwendigen Ressourcen durch interne Umlagerungen schaffen wollen. Sie möchte vom Stadtrat wissen, ob die Subventionierung durch den Kanton auch dann erfolgt, wenn das Betriebskonzept nicht in der vorliegenden Form bewilligt wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so wären die Kosten bei Ablehnung von Antrag 2 um CHF 30'000 höher. Wenn man schon A sagt, muss auch B gesagt werden, allein schon aus Kostengründen.

Dominik Gresch, Stadtrat

„Die Jugend soll ihre eigenen Wege gehen, aber ein paar Wegweiser können nicht schaden“. Dieses Zitat von Pearl S. Buck passt gut zur Vorlage GK 40. Denn in dieser Vorlage geht es um einen Wegweiser, um Leitplanken und eine kulturelle Plattform für die Jugendlichen auf dem Weg zum Erwachsenwerden.

Gegen die Zielsetzung sowie die baulichen Anpassungen und den Standort gibt es kaum Einwendungen und scheint mehrheitsfähig zu sein. Dies konnte man den zahl- und lehrreichen Voten entnehmen. In den letzten zwei Jahren hat das Projektteam hart gearbeitet und mit dem gewählten Standort die geeignetste Variante ausgewählt, da diese Liegenschaft bereits seit 1996 für vergleichbare Zwecke genutzt wird. Trotzdem muss den Anliegen der Anwohnerschaft Rechnung getragen werden und deren Einbindung ist enorm wichtig. So sollen diese in der Begleitgruppe, welche sich zweimal jährlich trifft, vertreten sein. Das Betriebskonzept sieht auch vor, dass in Zusammenarbeit mit der Polizei und der Security-Firma unter Einbezug der Nachbarschaft ein Sicherheitskonzept erarbeitet wird und man die Problematik keinesfalls unterschätzt.

Politisch umstritten sind die Mehrkosten für die Umsetzung des Betriebskonzepts. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die beantragte Stellenaufstockung, befristet auf 3 Jahre, nicht wirklich zur aktuell angespannten Finanzlage passt. Demgegenüber steht das hervorragende Kosten-/Nutzenverhältnis. Er bittet an dieser Stelle darum, nicht die beiden Bereiche Sport und Kultur gegeneinander auszuspielen, da es sich um gänzlich verschiedene Zielgruppen handelt.

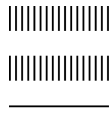
Der jährlich budgetierte Mehraufwand liegt dank interner Umlagerungen und kantonalen Beiträgen bei CHF 16'200. Es sind bereits interne Umlagerungen erfolgt, weitere Umlagerungen ziehen einen drastischen Abbau bei anderen Bereichen nach sich. Eine kostenneutrale Umsetzung ist nicht immer möglich. Zudem sind die kantonalen Beiträge an die Umsetzung des Betriebskonzepts gebunden. Die Reduktion der Bruttokosten liegt auch an den grosszügigen Beiträgen von Dritten. Es liegen aktuell neue Sponsoringzusagen im Betrag von CHF 4'500 vor. An dieser Stelle spricht Dominik Gresch allen Donatoren ein herzliches Dankeschön aus.

Ohne das grosse Engagement des Vereins OX während der Projektphase sowie der Bereitschaft, sich mit Eigenleistungen im Wert von CHF 121'000 einzubringen, wäre die Realisierung des Projekts in dieser Form nicht möglich. Es ist einerseits nicht Aufgabe der Jugendarbeit, als Veranstalterin zu fungieren, andererseits verfügt der Verein OX bereits über grosse Erfahrung und ein funktionierendes Netzwerk sowie zahlreiche Helferinnen und Helfer. Es handelt sich daher um eine klassische Win-win-Situation. Im Interesse der Anwohnenden braucht es diese Stelle. Dadurch ist eine seriöse Aufgleisung möglich und die Zuständigkeiten können klar geregelt werden. Die Fremdveranstaltungen können koordiniert und dadurch Einnahmen generiert werden.

Der Stadtrat sagt JA zu dieser Investition in die Zukunft und bittet um Zustimmung zu beiden Anträgen.

André Kirchhofer, FDP

Er legt Wert auf die Feststellung, dass er keinesfalls mehr Unterstützung für die Sportvereine gefordert hat. Dies diene lediglich als Vergleich. Das Argument betr. der geringen Mehrkosten von einigen Tausend Franken mehr, ist lediglich das Delta. Wenn dieses Argument, es koste nur CHF 7'000 mehr, jährlich gebracht wird, ist man bei 30 % innert 3 Jahren auch bei 100 % angelangt. Zudem handelte es sich bei den zitierten Kosten für die Badi, den Stadtsaal und andere Anlagen ganz klar um Investitionen. Bei diesem Posten geht es jedoch um jährlich wiederkehrende Ausgaben und nicht um einen einmaligen Betrag von CHF 6'500.



Am meisten erstaunt ihn die Aussage von Dominik Gresch, es sei nicht Aufgabe der Stadt, als Organisator zu fungieren. Genau das wird mit dem Jugendkulturkonzept angestrebt, indem man eine Altersgruppe von 16 bis 25 Jahren anleiten will, die Konzerte zu organisieren. Er ist ganz klar der Meinung – das ist insbesondere seine persönliche Ansicht – so etwas kann nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein. Dies liegt im Aufgabenbereich der privaten Vereine, wie dem OX oder der Sportvereine, welche diese Aufgaben hervorragend meistern.

Marcel Thüler, Fraktionschef SP/JUSO

Bei den von ihm aufgelisteten Zahlen handelt es sich um Netto- bzw. Betriebskosten. Gerade beim Stadtsaal, welcher jährlich mit CHF 251'000 zu Buche schlägt, sind keine Investitionen erfolgt. Sollte einem im Gegenzug dazu die Jugend nicht CHF 16'200 wert sein?

Michael Müller, SVP

Er stellt sich die Frage, um welchen Betrag es sich nun eigentlich wirklich handelt. Einerseits geht es um CHF 16'200 in Antrag zwei, andererseits ist in der Vorlage aufgeführt, dass der Verein OX die bis anhin vom Bereich Kultur ausgerichteten CHF 17'000 während der nächsten 3 Jahre weiterhin erhalten soll. Um welchen Betrag – CHF 16'000 oder CHF 33'000 – handelt es sich unter dem Strich?

Dominik Gresch, Stadtrat

Es geht effektiv um die CHF 16'200. Der Verein OX bringt sich mit dem Beitrag, welchen er von der Stadt erhält, in das Projekt ein.

Gleichzeitig antwortet er auf nochmalige Nachfrage von Jan Bachmann, dass der Beitrag des Kantons an die Umsetzung des Betriebskonzepts gebunden ist und präzisiert, dass er sich auf den Kantonsbeitrag an die wiederkehrenden Kosten bezogen hat und nicht auf den einmaligen Beitrag des Lotteriefonds an den Umbau.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Für den Umbau des Jugendzentrums Planet Z zum Jugendkulturlokal Zofingen sei ein Bruttokredit von CHF 347'000 (Kostenstand: März 2014), zuzüglich allfällige Bauteuerung, abzüglich Leistungen und Beiträge Kanton und Dritter, zu bewilligen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 35:2 Stimmen zugestimmt.

2. *Der Umsetzung des Betriebskonzepts „Jugendkulturlokal Zofingen“ mit den daraus resultierenden jährlichen Netto-Mehrkosten von CHF 16'200 (u. a. 30 % Stellenaufstockung) für eine dreijährige Pilotphase von 2015 bis 2017 sei zuzustimmen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 21:16 Stimmen angenommen.

(Applaus)

Sitzungspause

GK 41**Altstadt-/Bahnhofparking – Kreditbewilligung für die Sanierung, Erneuerung und farbliche Neugestaltung**

Michael Wacker, Referent FGPK

Die FGPK hat vor rund 3 Wochen einen Augenschein im Parkhaus durchgeführt. Bei der Ein-/Ausfahrtsrampe war sehr augenfällig, dass die Decke durchhängt. Im 2. UG wurde erklärt, wie die Durchstoss-Sicherung vonstattengehen soll und die Kommission unterhielt sich längere Zeit über Farben und Lacke.

Die Vorlage ist unterteilt in den baulichen Teil, welcher notwendig ist, und in einen weiteren, wünschbaren Teil betr. Malerarbeiten sowie Restplatzanzeige. Der bauliche Teil sowie die Restplatzanzeige waren in der FGPK unbestritten. Die Diskussion betr. der Malerarbeiten dauerte um einiges länger und es wurden verschiedene Ideen und Ansichten durchdiskutiert. Die Anträge 1 und 3 waren in der Abstimmung unbestritten, Antrag 2 wurde mit 4:3 Stimmen, bei einer Enthaltung, angenommen.

Eintreten ist nicht bestritten.

Christian Nöthiger, SP/JUSO, sp

Ein Teil der SP/JUSO-Fraktion führte ebenfalls eine Begehung im Parkhaus durch. Beim Eingangsbereich hängt die Decke nicht nur durch, es sind auch links und rechts deutliche Risse sichtbar. Weiter hat man festgestellt, dass offenbar im 1. UG eine Durchstanzbewehrung vorhanden ist, im 2. UG eine solche jedoch fehlt.

Zu den Anträgen 1 und 3 sind praktisch keine Gegenstimmen vorhanden. Bezüglich Restplatzanzeige herrscht die Meinung, diese könnte als Grundlage für ein Parkleitsystem dienen. Antrag 2 wird grossmehrheitlich abgelehnt, obwohl das Parkhaus schöner aussehen würde, wenn die Malerarbeiten gleichzeitig ausgeführt würden. Trotzdem ist festzustellen, dass sich das Parkhaus grundsätzlich in einem guten Zustand befindet und nicht vernachlässigt aussieht. Es gibt andere Örtlichkeiten, die dringenderen Bedarf an Malerarbeiten aufweisen. Auch wenn das Geld theoretisch im Fonds vorhanden wäre, ist man der Meinung, dieses Geld würde dann für anderes fehlen (z.B. für ein Parkhaus im BZZ). Schlussendlich tauchten noch die Frage nach der Staubentwicklung bei der Sanierung und die daraus entstehenden Kosten für die Reinigung auf. Sollten diese Kosten ähnlich hoch sein, so wären Überlegungen anzustellen, ob es dann nicht doch sinnvoller wäre, die Malerarbeiten gleichzeitig auszuführen. Nach aktuellem Wissensstand wird Antrag 2 jedoch grossmehrheitlich abgelehnt.

Jan Bachmann, FDP

In GK 41 wurde der Parkhauseinsturz in Gretzenbach im 2004 erwähnt. Im Bahnhofparking ist die Situation ähnlich gelagert. Es handelt sich um einen Pfusch am Bau, es hat zu wenig Armierungseisen in der Decke. Zofingen darf sich nicht aus der Verantwortung ziehen, die Sicherheit geht vor. Damit diese gewährleistet werden kann, wird man Antrag 1 zustimmen. Dem 2. Antrag des Stadtrates kann nicht zugestimmt werden. Stadtrat Andreas Rüegger hat eine Kostenschätzung für die Reinigung aller Säulen in beiden Stockwerken erstellt, sie belaufen sich auf ca. CHF 40'000. Antrag 3 erreichte ein knappes JA. Man war sich uneinig, ob die Verbesserung der aktuellen Situation diese Kosten rechtfertigt.

Martin Willisegger, SVP

Sicherheitsrelevante Mängel dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden, auch wenn die gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind. Die Benützung des Parkhauses war in den letzten 18 Jahren sicher und wird es weiterhin sein, sofern Antrag 1 heute genehmigt wird. Es stellt sich die Frage, woher die höheren Lasten kommen, welche auf die Decke wirken. Sind diese evtl. eine Folge des Kreiselneubaus an der Güterstrasse und als Folgekosten dieses Baus zu betrachten? Im Zuge der Sanierung soll die Decke angehoben werden. Über allfällige Risiken dieses Eingriffs schweigt sich die Vorlage aus. Könnten dadurch weitere Beschädigungen und weitere Folgekosten entstehen?

Bei der Eröffnung des Parkhauses wurde dieses als hell, freundlich und offen gelobt und mit einem europäischen Award ausgezeichnet. Die Meinungen sind grösstenteils immer noch positiv, so dass wohl nur eine kleine Minderheit dieses als dunkles Loch betrachtet. Zudem lassen sich Spuren an den Säulen nicht verhindern, auch bei einer hellen Farbe wird dies nicht zu vermeiden sein. Daher beurteilt die SVP-Fraktion die Malerarbeiten als verfrüht. Damit würde in Bezug auf die Sparanstrengungen ein falsches Zeichen gesetzt. Deswegen soll die Lebensdauer von 25 Jahren ausgeschöpft oder sogar übertroffen werden. Er persönlich empfindet lediglich den Bitumenboden in der Unterführung und den Aufgängen als nicht besonders einladend. Müsste man im Bereich des Parkhauses etwas heller und freundlicher gestalten, so wäre dort anzusetzen.

Die Restplatzanzeige wird bezüglich der Kosten als vertretbar angesehen. Das Parkleitsystem wird erst als sinnvoll betrachtet, wenn den Besuchern Alternativen geboten werden können. Grundsätzlich wird erwartet, dass die Benutzbarkeit auch während der Bauphase jederzeit gewährleistet ist und jeweils nur eine kleine Anzahl Parkplätze gleichzeitig gesperrt sind.

Die SVP wird den Anträgen 1 und 3 zustimmen, Antrag 2 wird keine Zustimmung finden.

Anders Sjöberg, DYM/glp

In der Fraktion DYM ist der 1. Antrag unbestritten. Mit diesen Arbeiten soll noch dieses Jahr gestartet werden können, da eine Verzögerung unverantwortlich wäre.

Für Antrag 2 spricht, dass diese im jetzigen Zeitpunkt 10 bis 15 % günstiger ausgeführt werden könnten als wenn man zuwartet. Die Lebensdauer von 25 Jahren ist jedoch noch nicht erreicht und das Parkhaus ist nach wie vor in einem akzeptablen Zustand. Es wäre Luxus, sich diese „Extrawurst“ jetzt zu leisten.

Auch ist die Investition in eine Restplatzanzeige jetzt fehl am Platz. Die Anschaffungskosten stimmen mit dem relativ kleinen Nutzen nicht überein. Eine Restplatzanzeige sollte zu einem Verkehrssystem gehören, welches die ganze Stadt umfasst.

Die Fraktion DYM wird daher die Anträge 2 und 3 mehrheitlich ablehnen.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Der bauliche Aspekt scheint unbestritten und es ist klar, dass Massnahmen getroffen werden müssen. Es werden Normen nicht mehr eingehalten, so dass ein Risiko besteht und im schlimmsten Fall die Stadt als Werkeigentümerin haften muss. Die notwendige Nachrüstung hat nichts mit dem Kreiselneubau zu tun, ein Regress auf den Kanton ist daher nicht möglich. Das Parkhaus ist aber nach wie vor gebrauchstauglich. Lediglich bei einem allfälligen Ereignis (z.B. Brandfall) könnte im 2. UG ein Risiko bestehen und das Parkhaus könnte schlimmstenfalls einstürzen. Man will auf keinen Fall Menschen gefährden, weder die Benutzer noch im Ereignisfall die Rettungskräfte. Die Sanierung wird etappiert ausgeführt, es werden immer nur sehr wenige Parkplätze nicht verfügbar sein. Das Parkhaus ist sehr gut ausgelastet und man ist auf die Parkplätze angewiesen.

Bezüglich der Malerarbeiten ist festzuhalten, dass es sich um Unterhaltsarbeiten handelt. Mit dieser Vorlage sollten die gesamten Kosten präsentiert werden, damit der Einwohnerrat über diese befinden kann. Er schlüsselt die Kosten nochmals etwas detaillierter auf. Für die Säulensanierung, das bedeutet Abwaschen und Neuanstrich, entstehen pro Stockwerk Kosten von rund CHF 12'000 bis CHF 13'000. Der teuerste Teil sind die Decken, die ca. CHF 90'000 bis CHF 98'000 pro Stockwerk kosten, wenn sie gestrichen werden müssen. Falls nur im 2. UG – partiell um die gebohrten Säulen herum – gestrichen wird, verursacht dies Kosten von rund CHF 35'000. Im Sinne der Einheit der Materie wurden die Gesamtkosten präsentiert. Da das Parkhaus sowieso gesperrt werden muss, ist jetzt der richtige Zeitpunkt für die Durchführung der Malerarbeiten. So können Synergien genutzt, die Ertragsausfälle minimiert und die Malerarbeiten rund 10 bis 15 % günstiger ausgeführt werden.

Werden die umfassenden Malerarbeiten heute abgelehnt, so sind diese in den nächsten Jahren im Rahmen des ordentlichen Unterhalts im Budget einzustellen. Bereits in Antrag 1 enthalten sind die Kosten für die Stützen im 2. UG im Betrag von CHF 12'000.

Der Stadtrat ist der Ansicht, eine Restplatzanzeige wäre wünschenswert und würde einen zusätzlichen Komfort für die Benutzer bringen. Dadurch könnte vermieden werden, dass Parkplatzsuchende in das Parkhaus einfahren, obwohl es vollständig besetzt ist.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Urs Plüss, DYM/EVP

Wie sicher ist das Parkhaus nun wirklich? Eigentlich muss es ja sicher sein, sonst müsste es doch umgehend geschlossen werden. Er fragt, ob es korrekt ist, dass die Sanierung vor allem wegen der Haftungsansprüche erfolgen muss. Innert welcher Frist muss nach Erkennen der Mängel die Behebung erfolgen? Könnte man evtl. auch den baulichen Teil erst in zwei Jahren – zusammen mit den Malerarbeiten – vornehmen?

Andreas Rüeegger, Stadtrat

Es handelt sich um eine sehr komplexe Problematik. Der Mangel ist jetzt bekannt und es ist klar, wie dieser behoben werden kann. Daher darf man nicht mehr länger warten. Es ist zwar nicht „Gefahr im Verzug“ aber aufgrund der Tatsache, dass der Mangel bekannt ist, ist zwingend Handlungsbedarf angezeigt. Eine Verzögerung von zwei Jahren sollte keinesfalls in Kauf genommen werden. Das Parkhaus ist sicher, entspricht jedoch nicht mehr den Normen. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei einem Fahrzeugbrand im 2. UG dieses „Durchstanzen“ erfolgt. Nach den heutigen Normen sind zu wenige Armierungseisen eingebracht.

Benno Riss, SP/JUSO, sp

Er kann nicht verstehen, weshalb keine Einstellung im Investitionsplan erfolgt ist und aus welchem Grund plötzlich von einem Tag auf den anderen CHF 600'000 gesprochen werden müssen. Das Ereignis in Gretzenbach fand vor 10 Jahren statt. Hat es wirklich so lange gedauert, bis man gemerkt hat, dass in Zofingen ein ebensolches Risiko besteht? Hätte man bei Übernahme des Parkhauses vielleicht besser schauen müssen? Vor der Einführung von HRM2 hätten sämtliche Kosten aus dem Fonds bezahlt werden können.

Andreas Rügger, Stadtrat

Am 15. September 2008 hat der Einwohnerrat beschlossen, die Parkhaus AG zu liquidieren. Die massgebenden Normen, insbesondere SIA-Norm 269, sind erst im Jahr 2011 in Kraft getreten. Gestützt auf diese Normen erfolgten die Überprüfungen, deshalb findet sich auch kein Betrag im Investitionsplan.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Das Wort wird nicht mehr verlangt, daher folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Für die Nachrüstung und Erneuerung des Altstadt-/Bahnhof-Parkings, Stütze bei der Ein- und Ausfahrtsrampe und Stützen 2. UG sei ein Bruttokredit von CHF 595'300 inkl. minimal erforderlichen Malerarbeiten von CHF 12'000 (Preisstand April 2014, zuzüglich allfällige Teuerung) zu bewilligen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen zugestimmt.

2. *Für die Malerarbeiten der Stütze bei der Ein- und Ausfahrtsrampe und Stützen und Decken im 1. und 2. UG sei ein Bruttokredit von CHF 273'000 inkl. Aufwendungen für CD/CI von CHF 20'000 (Preisstand April 2014, zuzüglich allfällige Teuerung) zu bewilligen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 29:4 Stimmen abgelehnt.

3. *Für die elektronische Restplatzanzeige im Einfahrtsbereich zum Parkhaus sei ein Bruttokredit von CHF 20'000 (Preisstand April 2014, zuzüglich allfällige Teuerung) zu bewilligen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 22:11 Stimmen zugestimmt.

Art. 19**Regionale Zusammenarbeit****GK 42****Genehmigung Gemeindeverträge über die Zusammenarbeit im Sozialbereich sowie Ermächtigung zum künftigen Abschluss kostenneutraler Verträge für die Übernahme von Verwaltungsaufgaben anderer Gemeinden****Robert Weishaupt, Präsident FGPK**

Er geht davon aus, dass die Mitglieder des Einwohnerrats das FGPK-Protokoll gelesen haben und ihnen das Geschäft bekannt ist. Daher hält er sich sehr kurz. Die Diskussion in der FGPK drehte sich vor allem um die Kostenneutralität sowie um Antrag 6.

Einige Mitglieder der Kommission wünschten, dass die Stadt nicht nur kostenneutrale Verträge abschliessen solle, sondern es solle eine Rendite erzielt werden. Der Stadtkammann versicherte jedoch, dass auch bei einer neutralen Formulierung ein Gewinn für die Stadt resultiere, ansonsten käme keine Zusammenarbeit zustande. Zudem profitiert die Stadt davon, dass eine grössere Einheit gebildet werden kann und so ein besseres personelles Know-how besteht. Die Anträge 1 sowie 3 bis 5 werden mit 7:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung), Antrag 2 mit 6:1 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zur Annahme empfohlen.

Bezüglich des Antrags 6 kann die FGPK die Überlegungen des Stadtrates zwar nachvollziehen, hätte sich aber gewünscht, dass dafür eine separate Vorlage unterbreitet worden wäre. Heikel scheint, dass mit der Zustimmung zu diesem Antrag der Stadtrat eine sogenannte „Carte blanche“ erhalten würde. Aus diesem Grund empfiehlt die FGPK Antrag 6 knapp mit 4:3 Stimmen zur Ablehnung.

Eintreten ist nicht bestritten.

Renata Siegrist, DYM/glp

Grundsätzlich gibt es keine materiellen Einwendungen gegen die vorliegenden 5 Anträge zur Zusammenarbeit im Sozialbereich und im Kindes- und Erwachsenenschutz. Der Austritt der Stadt Zofingen aus dem Regionalverband hatte für die Nachbargemeinden Signalwirkung und man muss Verständnis für die geäußerte Wahrnehmung aufbringen, Zofingen wolle alles an sich binden. Andererseits stimmt es nachdenklich, wenn eine Nachbargemeinde, welche vehement Abklärungen für eine Gemeindefusion ablehnt und auf ihre Eigenständigkeit beharrt, nun zu den Antragstellern gehört. Es wäre nicht verwunderlich, demnächst in der Presse zu lesen, Zofingen wolle via Hintertürchen als Dienstleistungserbringer das Ziel einer Wiggertaler Grossgemeinde anstreben. Trotzdem zeigt gerade dieses Geschäft, dass die kleineren Gemeinden in Bedrängnis geraten, die immer grösseren Ansprüche an Qualität und der zu erbringenden Leistungen zu erfüllen.

Die Fraktion DYM spricht sich für eine Zusammenarbeit aus, ist jedoch der Meinung, der Wortlaut in den Verträgen hätte nicht „kostenneutral“ lauten sollen, sondern es hätte „kostendeckende Erträge“ heissen müssen. Somit wäre eher sichergestellt gewesen, dass sich Zofingen bei einer wachsenden Zahl von Mandaten nicht plötzlich in einer finanziellen Unterdeckung befinden würde. Es bleibt zu hoffen, dass sich die finanzielle Tragbarkeit dieser Verträge bewahrheitet und nicht zu einem zu günstigen Preis ein Produkt angeboten wurde.

Bei Antrag 6 wird mehrheitlich die Meinung der FGPK unterstützt, die Ermächtigung für den Abschluss künftiger kostenneutraler Verträge soll nicht erteilt werden. Es konnte kein genereller Nutzen für diesen Beschluss gefunden werden. Somit wird die Fraktion DYM den Anträgen 1 bis 5 zustimmen und Antrag 6 mehrheitlich nicht genehmigen.

Michael Müller, SVP

Der Stadtrat strebt eine regionale Zusammenarbeit im Sozialbereich an, was faktisch bedeutet, dass die Sozialhilfe für die Region wieder in Zofingen abgewickelt werden soll. Die SVP-Fraktion spricht sich klar gegen das Geschäft aus. Dieses Vorhaben führt zu einem weiteren Ausbau der Stadtverwaltung, muss der Personalbestand bei Zustimmung zu diesem Vorhaben doch um 3 bis 4 Personen aufgestockt werden. Beim Ausstieg einer Vertragsgemeinde verbleiben beispielsweise die Personal- oder Arbeitsplatzkosten weiterhin bei Zofingen. Zudem werden besagte Skaleneffekte erfahrungsgemäss nicht eintreten.

Es wird auch bezweifelt, dass es sich um eine qualitative Verbesserung handelt, wenn ein Sozialhilfeempfänger von Wiliberg nach Zofingen reisen muss, um das Sozialamt aufzusuchen. Der Vorteil der sozialen Kontrolle in den Dörfern wird ebenfalls verloren gehen. Er verweist zum Stichwort „Qualität“ auf den Prüfungsbericht der Gruber Partner AG, in welchem festgestellt wurde, dass im Jahr 2012 anstatt 300 Fallzahlen lediglich deren 222 gemeldet wurden, was in Franken ausgedrückt ca. CHF 200'000 bis CHF 250'000 ausmacht. Zofingen ist aus Kosten- und Qualitätsgründen aus dem Regionalverband ausgestiegen. Nun soll trotzdem wieder eine regionale Zusammenarbeit unter Zofinger Federführung erfolgen? Die Fusionsabstimmungen der letzten Jahre haben klar gezeigt, dass die Gemeinden keine Zusammenschlüsse wollen.

Beim Zusatzantrag handelt es sich quasi um einen Freipass für den Abschluss weiterer Verträge. Eine derartige Machtkonzentration ist indiskutabel, da es sich dabei um eine grundlegende Aushebelung des demokratischen Rechts handelt und deswegen klar abzulehnen ist. Er empfiehlt die Ablehnung aller 6 Anträge.

Rudolf Günthardt, FDP

Die FDP-Fraktion steht der Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und der Übernahme von Aufgaben grundsätzlich positiv gegenüber. Die zur Abstimmung stehenden Verträge werden als unproblematisch angesehen und man ist erfreut, dass darin von einer Vollkostenrechnung gesprochen wird. Trotzdem wird der Stadtrat ermuntert, bei zukünftigen Verträgen die Verwaltungskosten etwas höher als bei 7,5 % anzusetzen, da die Stadt in gewissem Sinne ein unternehmerisches Risiko übernimmt, welches abzugelten ist.

Man wird den Anträgen 1 bis 5 zustimmen. Klar abgelehnt wird Antrag 6. Eine generelle Delegation der Kompetenz an den Stadtrat ist weder im Interesse der FDP noch des Einwohnerrats. Sollte zu einem späteren Zeitpunkt ein überarbeiteter Antrag erfolgen, so sind darin die Details der Gültigkeit genau zu regeln (räumlich: welche Gemeinden, finanziell: Höhe der finanziellen Kompetenz, Grundsätze der Vollkostenrechnung und Höhe der Verwaltungskosten).

Franziska Kremer, SP/JUSO, sp

Die Gemeindeverträge sind auch in der SP/JUSO-Fraktion unumstritten. Der Zusammenarbeitswunsch der Gemeinden ist als Kompliment für die gute Arbeit als Zentrumsgemeinde und für die gute Arbeit der Stadt Zofingen im Sozialbereich zu werten. Wichtig ist jedoch, dass die Zusammenarbeit für Zofingen profitabel ist. Dementsprechend wird man den Anträgen 1 bis 5 zustimmen. Antrag 6 wird abgelehnt, da bei zukünftigen ähnlichen Verträgen der Einwohnerrat miteinbezogen werden soll.

Dominik Gresch, Stadtrat

Wie aus den Fraktionsvoten hervorgeht, sind die zentralen Fragen, ob es Aufgabe von Zofingen ist, für andere Gemeinden Dienstleistungen im Sozialbereich zu erbringen und – falls ja – zu welchem Preis.

Auslöser für dieses Geschäft war der Entscheid des Regionalverbands zofingenregio, die Dienstleistungen im Sozialbereich per Ende 2014 einzustellen. Dieser Entwicklung ging der Austritt mehrerer grösserer Vertragsgemeinden voraus. Der Ansatz mit einer Verbandslösung ist nicht schlecht, weil Synergien genutzt werden können und ein höheres Potenzial besteht. Da der gemeinsame Nenner offensichtlich nicht mehr vorhanden war, kam es zur Auflösung. Deswegen haben mehrere Gemeinden Zofingen für eine Anschlusslösung angefragt. Als Bezirkshauptort und regionales Zentrum will Zofingen seine Verantwortung wahrnehmen und hat deshalb den Gemeinden ein faires Angebot unterbreitet.

Natürlich kann es nicht sein, dass Zofingen aus Goodwill auf eine kostendeckende Abgeltung verzichtet. Damit das Modell für Zofingen aufgeht, werden den Vertragsgemeinden als Deckungsbeitrag sogenannte Verwaltungsgemeinkosten in Rechnung gestellt. Es kann jedoch auch nicht sein, dass sich Zofingen mittels Gewinnmarge an den anderen Gemeinden finanziell gesund stösst. Alles in allem erachtet der Stadtrat das vorliegende, nach Aufgabenbereich und Aufwand differenzierte, Modell als ausgewogen. Zudem kann der Stundenansatz bei Bedarf jährlich angepasst werden, so dass sich die Risiken in Grenzen halten.

Auch qualitativ entstehen für beide Seiten Vorteile. Die Vertragsgemeinden profitieren vom Zofinger Delegationsmodell inkl. Sozialhilfegremium mit effektiveren Abläufen, was zu einer Entlastung der Gesamtexekutive führt. Zofingen hingegen kann durch den Ausbau die Professionalität weiter steigern und den internen Fachaustausch verbessern. Das Familiengericht befürwortet die angestrebte Zusammenarbeit im Sozialbereich ebenfalls.

Dominik Gresch bittet aufgrund der Ausführungen um Genehmigung der Anträge 1 bis 5.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Bereits heute ist Zofingen in verschiedenen Bereichen für andere Gemeinden tätig, so bei der Repol, dem regionalen Zivilstandsamt und dem regionalen Betreibungsamt. Zudem ist der Zivilschutz regional organisiert und es wird eine sehr grosse regionale Oberstufe geführt. Die Aufzählung ist nicht abschliessend.

Die Gestaltung der Zusammenarbeit wurde vom Stadtrat in Zusammenarbeit mit den Kaderleuten in zwei Workshops definiert und die Leitsätze wurden festgelegt. Dabei wurden genau die heute aufgetauchten Fragen diskutiert und es wurde unter anderem festgesetzt, dass eine Zusammenarbeit nur Zustandekommen wird, wenn auch Zofingen einen Nutzen daraus ziehen kann. Wenn in solchen Fällen Verrechnungen erfolgen, so ist ein höherer oder tieferer Deckungsbeitrag zu entrichten. Damit wird das unternehmerische Risiko abgedeckt. Aus naheliegenden Gründen wird von Deckungsbeitrag und nicht von Gewinn gesprochen. In den Workshops wurde ganz klar die Vorgehensweise definiert. Da es sich um eine relativ komplexe Angelegenheit handelt, stellte man diesen Antrag 6.

Rein betriebswirtschaftlich macht eine Zusammenarbeit für Zofingen aus folgenden Gründen Sinn: der Stadtrat ist felsenfest überzeugt, dass im Bezirk zu kleine Strukturen vorherrschen. In der Vergangenheit wurden Zahlen präsentiert, was die allgemeine Verwaltung in den einzelnen Gemeinden des Bezirks kostet. Eine Zahl ist relativ offensichtlich. Wiliberg gibt pro Kopf mehr Geld aus als Zofingen. Wenn man das Angebot vergleicht, ist ersichtlich, dass nur schon die Gemeindegrösse im Verwaltungsbereich einiges bringt. Verfolgt man die Bildung im Bezirk, so ist Zofingen trotz Tagesstrukturen und trotz Blockzeiten eine der Gemeinden mit den tiefsten Kosten pro Einwohner. Die Gemeinden, welche dieses Angebot nicht haben, sind trotzdem pro Kopf teurer. Das sind die Skaleneffekte, von denen Zofingen profitiert. Man hat zusätzliche Einnahmen durch die Schulgelder, welche andere Gemeinden bezahlen. Das Schulhaus kostet gleichviel, egal ob andere Gemeinden etwas daran zahlen oder nicht. Es wäre verheerend, wenn das Oberstufenzentrum geschlossen würde, dadurch würden mehrere CHF 100'000 fehlen.

Zofingen hat eigentlich eine grössere Verwaltung, als für Zofingen allein gebraucht würde. Das erlaubt, qualitativ hochstehende Fachkräfte anzustellen. Die regionale Zusammenarbeit führt auch bei den Querschnitts-Ressorts zu einem vermehrten Aufwand. Deswegen braucht es aber nicht einen zweiten Finanzchef, einen zweiten Stadtschreiber oder eine zweite Personalleitung. Das machen diese Leute alles zusätzlich. Dieser zusätzliche Aufwand wird aber in die weiter zu verrechnenden Verwaltungsgemeinkosten eingerechnet. Dies erlaubt die Anstellung sehr gut qualifizierter Leute, die aber auch etwas mehr kosten. Ohne die regionale Zusammenarbeit könnte man sich solche Leute vermutlich nicht mehr leisten, was zu einer Qualitätseinbusse führen würde. Zudem muss in letzter Zeit vermehrt festgestellt werden, dass Leute aus unserer Verwaltung von kleineren Gemeinden mit erhöhten Löhnen abgeworben werden. Dies macht den Arbeitskräftemarkt kaputt. Unter diesem Aspekt betrachtet, schützt Zofingen mit der regionalen Zusammenarbeit den Fachkräftemarkt.

Antrag 6 wurde formuliert, um die administrativen Aufwände zu minimieren. Nachdem festgestellt werden muss, dass der Einwohnerrat eine andere Ansicht hat und dies als Kompetenzverschiebung erachtet, zieht der Stadtrat Antrag 6 zurück.

Michael Müller, SVP

Es wird von einem Deckungsbeitrag von 7 % gesprochen. Aus seiner Erfahrung wird in Grosskonzernen mit 12 bis 20 % Verwaltungskosten gerechnet. Es scheint ihm daher fraglich, ob diese 7 % ausreichen werden.

Als weiteren Denkanstoss weist er seine Ratskolleginnen und -kollegen darauf hin, dass von den 5 beteiligten Gemeinden kein einziger Vertreter anwesend ist, obwohl die Zusammenarbeit für diese angeblich so wichtig ist.

Die Aussage des Stadtammanns, Zofingen hätte eigentlich eine zu grosse Verwaltung, nimmt er natürlich gerne auf. In diesem Sinne freut er sich sehr auf die nächste Budgetrunde.

Elmar Bertschinger, Ratspräsident

Die Vorlage wird im Detail beraten. Bei der abschnittswisen Beratung verlangt niemand das Wort.

Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Der Gemeindevertrag mit Attelwil für die Übernahme der Aufgaben in der Sozialhilfe und im Kindes- und Erwachsenenschutz sei zu genehmigen und den daraus resultierenden personellen, finanziellen und infrastrukturellen Auswirkungen sei zuzustimmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 29:6 Stimmen zugestimmt.

2. *Der Gemeindevertrag mit Brittnau für die Übernahme der Aufgaben in der Sozialhilfe und im Kindes- und Erwachsenenschutz sei zu genehmigen und den daraus resultierenden personellen, finanziellen und infrastrukturellen Auswirkungen sei zuzustimmen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 28:7 Stimmen angenommen.

3. *Der Gemeindevertrag mit Kirchleerau für die Übernahme der Aufgaben in der Sozialhilfe und im Kindes- und Erwachsenenschutz sei zu genehmigen und den daraus resultierenden personellen, finanziellen und infrastrukturellen Auswirkungen sei zuzustimmen.*

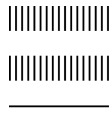
Dem stadträtlichen Antrag wird mit 29:6 Stimmen zugestimmt.

4. *Der Gemeindevertrag mit Staffelbach für die Übernahme der Aufgaben im Kindes- und Erwachsenenschutz sei zu genehmigen und den daraus resultierenden personellen, finanziellen und infrastrukturellen Auswirkungen sei zuzustimmen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 29:6 Stimmen angenommen.

5. *Der Gemeindevertrag mit Wiliberg für die Übernahme der Aufgaben in der Sozialhilfe und im Kindes- und Erwachsenenschutz sei zu genehmigen und den daraus resultierenden personellen, finanziellen und infrastrukturellen Auswirkungen sei zuzustimmen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 29:6 Stimmen zugestimmt.



6. *Der Stadtrat sei im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit künftig zum Abschluss kostenneutraler Gemeindeverträge für die Übernahme von Verwaltungsaufgaben anderer Gemeinden sowie zu den damit einhergehenden Personaletaterhöhungen und die in diesem Zusammenhang notwendige Bereitstellung von Räumlichkeiten zu ermächtigen.*

Der stadträtliche Antrag wurde zurückgezogen.

Auf Nachfrage des Präsidenten (§ 9 Abs. 2 Geschäftsreglement) erfolgt grossmehrheitliche Zustimmung zur Fortsetzung der Beratungen.

Art. 20

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Er erwähnt lobend den Baufortschritt bei der K315 Hauptstrasse Mühlethal. Der Bauunternehmer legt ein zügiges Tempo an den Tag, so dass mit einer massiv früheren Fertigstellung des Bauprojektes gerechnet werden kann.

Andreas Rügger, Stadtrat

Er bedankt sich für die lobenden Worte und wird den Dank dem Bauunternehmer weiterleiten. Mit dem geänderten Vorgehen kann voraussichtlich ein Zeitgewinn von einem $\frac{3}{4}$ Jahr erreicht werden.

Michael Müller, SVP

Die Votanten der Fraktionen sind neu zum Voraus bereits bekannt und werden aufgerufen. Er ist etwas überrascht über diesen neuen Meccano und der Meinung, der Einwohnerrat sollte evtl. darüber befinden, ob diese Vorgehensweise weiterhin beibehalten werden soll.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Vor einem Jahr wurde über GK 165 Postulat 600 Jahre Zofingen in der Eidgenossenschaft abgestimmt. Weshalb ist im Zeitraum von einem Jahr keine Kommunikation erfolgt, was für dieses Jubiläum vorgesehen ist? Wenn bereits feststehen sollte, welche Aktivitäten vorgesehen sind, könnte dann heute entsprechend informiert werden?

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtammann

In der Beantwortung des Postulats wurde bereits ausgeführt, dass zwei Themenbereiche geplant sind. Einer dieser Bereiche ist auf gutem Weg, verschiedene Institutionen wurden gebeten, das 600-Jahr-Jubiläum entsprechend ihrem Tätigkeitsfeld abzuhandeln. Christiane Guyer wird diesbezüglich noch einige Ergänzungen anbringen. Die Themenschwerpunkte sind gesetzt, die diesbezügliche De-

tailplanung steht aber noch nicht fest. Beim zweiten Bereich, dem Stadtfest, ist weniger Optimismus angebracht. Diverse Stimmen sprechen sich gegen ein solches aus, da während des Sommers bereits sehr viele Anlässe stattfinden. Bei vielen Anwohnern ist die Akzeptanz nicht riesig, deshalb soll nochmals ein Hearing mit denjenigen erfolgen, die das Fest dann auch mittragen sollen. Es muss geprüft werden, ob die Bereitschaft vorhanden ist, sich ehrenamtlich für ein solches Fest zu engagieren. Allenfalls müsste man nochmals auf diesen Entscheid zurückkommen.

Christiane Guyer, Stadträtin

Mit der Medienmitteilung wurde zugewartet, da noch nicht abschliessend feststeht, ob das Stadtfest zustande kommt. Was das Ressort Kultur betrifft, so lautet das Motto „klein aber fein“. Bei diesem Jubiläum handelt es sich um eine Kapitulation und man hat entschieden, verschiedene kleinere Aktivitäten zu veranstalten als nur eine grosse Veranstaltung. Der Start erfolgt bereits Ende November 2014 durch musik & theater Zofingen mit einem Österreich-Schwerpunkt. Das Neujahrsblatt, welches übrigens die 100. Ausgabe sein wird, widmet sich schwerpunktmässig diesem Thema. Im April 2015 wird eine Vortragsreihe folgen und die Stadtbibliothek wird diverse Anlässe organisieren. So wird das Thema das ganze nächste Jahr präsent sein.

Robert Weishaupt, DYM/CVP

Ihn interessiert, bis wann der Kreisel Güterstrasse fertig sein wird. Man kann diesen zwar befahren, aber fertiggestellt ist er keinesfalls.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Der Kreisel Güterstrasse kann noch nicht fertiggestellt werden, da noch Anpassungsarbeiten im Zusammenhang mit der Unterführung notwendig sind. Beispielsweise ist die Einfahrt ins Parkhaus noch abschliessend zu signalisieren. Weil dies noch nicht erledigt werden kann, will man mit der gesamten Signalisation noch zuwarten und alles zusammen erledigen.

Art. 21**Verabschiedung****Elmar Bertschinger, Ratspräsident**

Er informiert, dass **Philippe Fehr** vom 1. Januar 2014 bis 30. April 2014 Mitglied des Einwohnerrates war. Die Demission erfolgte aus gesundheitlichen Gründen. Für die geleistete Arbeit im Sinn und Geist der Stadt Zofingen wird ihm der beste Dank ausgesprochen.

Die Geschenke werden Philippe Fehr vom Stadtweibel überbracht.

(Applaus)

Abschliessend bedankt sich der Präsident für das Ausharren sowie das engagierte Debattieren und schliesst die Sitzung um 21.20 Uhr.



Für getreues Protokoll:

Elmar Bertschinger
Ratspräsident

Arthur Senn
Protokollführer